

Lohnerhöhungen bleiben die Ausnahme

Die meisten Luzerner Firmen rechnen für nächstes Jahr mit gut gefüllten Auftragsbüchern. Doch Lieferengpässe und Preisaufschläge bei Rohprodukten lassen Firmengewinne schmelzen.

Alexander von Däniken

Verkommt der angekündigte heisse Lohnherbst zum lauen Lüftchen? Eine Umfrage der Konjunkturforschungsstelle KOF deutete kürzlich darauf hin, dass die Löhne auf nächstes Jahr im Schnitt über alle Branchen hinweg um 2,2 Prozent steigen könnten. Das ist weniger als die Teuerung von 3 Prozent – und deutlich weniger als die Erhöhung der Krankenkassenprämien um durchschnittlich 6,6 Prozent.

Jetzt liefert das neueste Luzerner KMU-Barometer mögliche Antworten für die Zurückhaltung der Unternehmen. Die repräsentative Umfrage des KMU- und Gewerbeverbands des Kantons Luzern (KGL) in Zusammenarbeit mit dem Marktforschungsinstitut Demoscope bei 761 teilnehmenden Firmen ergab zusammengefasst Folgendes: Die Auftragslage wird für nächstes Jahr zwar nach wie vor positiv eingestuft.

Trotzdem rechnen die Firmen mit sinkenden Gewinnen. Das war bisher nur im Coronajahr 2020 für 2021 der Fall. KGL-Direktor Gaudenz Zemp sagt auf Anfrage: «Vor allem die steigenden Preise für Rohmaterialien und Halbfabrikate sowie die Mehraufwände infolge von Lieferengpässen bleiben als ungedeckte Kosten in den Firmen hängen.»

Import von Produkten aufwendiger und teurer

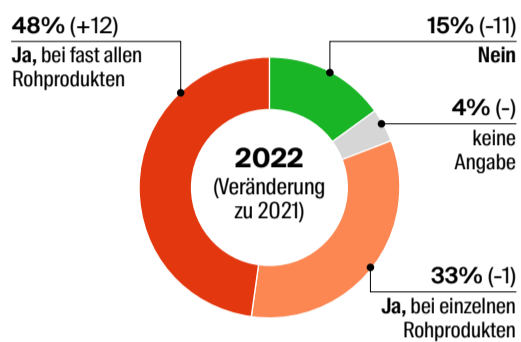
Konkret geben drei Viertel der Unternehmen an, in diesem Jahr von Lieferengpässen betroffen zu sein. Letztes Jahr waren es noch zwei Drittel.

Und: 72 Prozent der von Lieferengpässen betroffenen Firmen rechnen auch im nächsten Jahr mit Lieferengpässen. Weitere 14 Prozent gehen sogar von einer weiteren Verschärfung der Situation aus. Der Import von

Das sagen Luzerner Unternehmen zu vier wichtigen Fragen

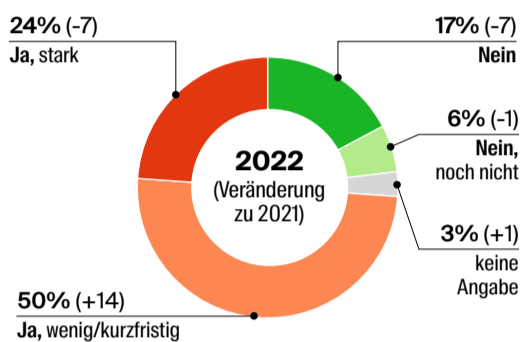
Preissteigerungen

Sind die Unternehmen aktuell von Preissteigerungen betroffen?



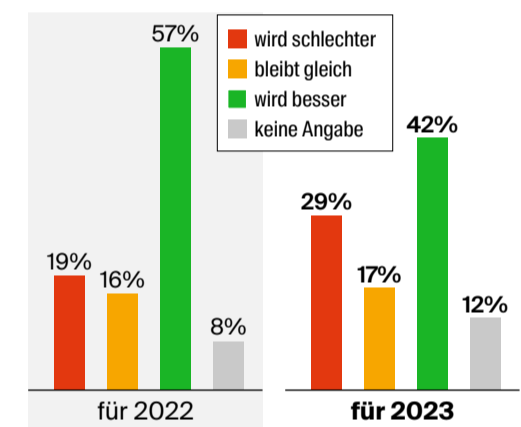
Lieferengpässe

Sind die Unternehmen aktuell von Lieferengpässen betroffen?



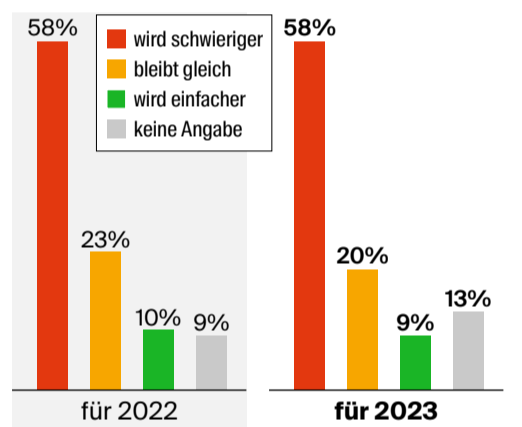
Auftragslage

Verglichen mit dem aktuellen Jahr: Wie wird sich die Auftragslage im kommenden Jahr verändern?



Fachkräfte

Verglichen mit dem aktuellen Jahr: Wie wird sich die Suche nach qualifizierten Mitarbeitenden nächstes Jahr gestalten?



Quelle: Demoscope und KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern / Grafik: mop

Produkten und Rohmaterialien wird gemäss den Unternehmen nicht nur aufwendiger, sondern auch teurer. Vier von fünf Firmen geben an, dass sie in diesem Jahr von Preissteigerungen betroffen waren.

Diese höheren Beschaffungskosten konnten je nach Branche zumindest teilweise an die Kundschaft weiterverrechnet werden – am stärksten in materialintensiven Wirtschaftszweigen wie der Bauwirtschaft

Strommangellage kaum ein Thema

Die Resultate des KMU-Barometers wurden gestern an der Impulsveranstaltung «Luzern 23» präsentiert. In der Messe Luzern erfuhren die Vertretenden von Gewerbevereinen, Berufs- und Branchenverbänden sowie Gäste aus Wirtschaft und Politik, dass sich die wenigsten Luzerner Firmenchefs Sorgen um eine

Strommangellage machen. 20 Prozent gehen von einer Strommangellage aus. Davon haben 56 Prozent keine Vorkehrungen getroffen. Zur Energiekrise, zur Mobilitätsplanung und zur kantonalen Klimapolitik gab am Anlass FDP-Regierungsrat und Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter Auskunft. (avd)

und der Fabrikation. Für das kommende Jahr erwarten 79 Prozent der Befragten zumindest bei einem Teil der benötigten Produkte weitere Preissteigerungen durch Lieferanten. Im Mittel gehen die Luzerner Unternehmen davon aus, dass die Preise 2023 gegenüber diesem Jahr um 11,5 Prozent ansteigen. Davon glauben die Firmen durchschnittlich höchstens rund 8,5 Prozent an die Kundinnen und Kunden weitergeben zu können.

Firmen geben nicht ganze Preissteigerung weiter

Es bleiben rund 3 Prozent, welche die Firmen intern kompensieren müssen. Das ist laut Verbandsdirektor Gaudenz Zemp denn auch der Hauptgrund, weshalb die Gewinnerwartungen für das nächste Jahr weniger hoch ausfallen als in vergleichbaren Vorjahren. Und deshalb werden in den meisten Firmen die Lohnerhöhungen nicht mit der Teuerung Schritt halten. Zemp geht zudem davon aus, dass sich der Trend weg vom Giesskannenprinzip hin zu individuellen Lohnanpassungen noch mehr durchsetzen wird. «Statt Lohnerhöhungen von beispielsweise 1,5 Prozent für alle zu beschliessen, werden gezielt bestehende Lohnungleichheiten ausgeglichen oder Löhne von besonders wertvollen Angestellten überdurchschnittlich angehoben.»

Das Halten von gutem Personal wird für die Betriebe gemäss dem Gewerbebandsdirektor und FDP-Kantonsrat immer wichtiger. Denn der Fachkräftemangel verschärft sich weiter. Das zeigt sich auch im KMU-Barometer, wo die Firmen die Suche nach qualifizierten Mitarbeitenden von Jahr zu Jahr als schwieriger einstufen. Für nächstes Jahr glauben 58 Prozent der Firmen, dass die Rekrutierung von Fachpersonal schwieriger wird. Nur gerade

«Statt Lohnerhöhungen von beispielsweise 1,5 Prozent für alle zu beschliessen, werden gezielt bestehende Lohnungleichheiten ausgeglichen.»



Gaudenz Zemp
Direktor KMU- und Gewerbeverband

9 Prozent glauben, dass die Suche einfacher wird.

Der Fachkräftemangel ist für die Arbeitgeber also ein immer grösseres Problem – und hat im Gegenzug für die Arbeitnehmenden Vorteile, wie Zemp ausführt. So hätten gut qualifizierte Angestellte auch in Zeiten knapper Gewinnmargen durchaus Chancen, an einen höheren Lohn zu kommen oder dann eine Stelle mit höherem Salär bei einem anderen Arbeitgeber zu erhalten. Das gilt für die Zentralschweiz im Besonderen. Gemäss dem aktuellsten Fachkräftindex des Beratungsbüros BSS hat die Zentralschweiz (ohne Kanton Zug) aktuell einen Wert von 140 (ab 100 bedeutet Fachkräftemangel). Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2018 waren es noch 130. Nur in Graubünden mit einem aktuellen Wert von 162 ist der Fachkräftemangel noch ausgeprägter.

Bonus-Malus-System für Autos gerät unter die Räder

Die von der Regierung geplante Ökologisierung der Verkehrssteuern wird von rechts und links hart attackiert. Es droht das Referendum.

Lukas Nussbaumer

Die über 320 000 im Kanton Luzern eingelösten Fahrzeuge sollen künftig nach Leistung und Gewicht besteuert werden – und nicht mehr nach Hubraum. Dazu schlägt die Regierung ein während fünf Jahren geltendes Bonus-Malus-System vor. Demnach würden Fahrzeuge, die viel CO₂ ausstossen, bestraft, während emissionsfreie einen Bonus erhielten. Nicht gelten soll der Malus für Oldtimer. Für rein elektrisch betriebene Autos, die derzeit oft deutlich höher besteuert werden als konventionell angetriebene, schlägt die Exekutive einen Abzug von 20 Prozent vor. Frühest mögliche Einführung des neuen Systems ist 2025. Daraus wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nichts, wie

die Stellungnahmen zur eben abgelaufenen Vernehmlassung zeigen. Überarbeitet die Regierung ihre Vorschläge nicht massiv, scheidet die Vorlage bereits im Parlament. Sollten die 120 Volksvertreterinnen und -vertreter das Regelwerk der Exekutive wider Erwarten durchwinken, wird die SVP das Referendum ergreifen, unterstützt vom TCS. Die dafür nötigen 3000 Unterschriften werden die beiden mitgliederstarken Organisationen im Nu gesammelt haben.

SVP, TCS und Gewerblere brauchen starke Worte

Stand jetzt wird der Gang auf die Strasse nicht nötig, weil die Vorlage schon im Kantonsrat versenkt wird. So lehnt die SVP die Pläne der Regierung in Bausch und Bogen ab. Die monetären

Vorteile durch den Bonus seien viel zu klein, und viele Bürgerinnen und Bürger könnten sich die hohen Investitionen für emissionsarme Fahrzeuge aktuell nicht leisten. Das führe zu einer Zweiklassengesellschaft. Auch ein Malus passt der SVP nicht: Ein solcher sei «unsozial und ungerecht».

Noch härter ins Gericht mit der Regierung geht der TCS. Präsident und FDP-Nationalrat Peter Schilliger sagt: «Die Reform ist ungerecht, bürokratisch und kompliziert. Sie bringt weder den Bürgerinnen und Bürgern noch der Umwelt einen echten Mehrwert.» Grundlegende Anpassungen verlangt auch der mächtige und im Kantonsrat mit mehr als 40 Personen vertretene KMU- und Gewerbeverband. Der jetzige Vorschlag sei «nicht

«Die Reform ist ungerecht, bürokratisch und kompliziert.»

Peter Schilliger
Präsident TCS

zielführend, asozial und technologieeinschränkend».

Die Mitte als grösste Kantonsratsfraktion hat den Fragebogen der Regierung nicht einmal ausgefüllt, weil für sie zu vie-

le Fragen offen sind. Auch die FDP kann mehrere Fragen «nicht abschliessend beurteilen» und fordert, die ökologische Komponente des Bonus-Malus-Systems zu überprüfen. Zudem seien fünf Jahre zu kurz.

SP will Oldtimer nicht vom Malus verschonen

Massive Kritik hagelt es auch von links. Der SP geht die Vorlage zu wenig weit und wird zu wenig schnell umgesetzt. Damit die Ökologisierung nicht bloss ein Lippenbekenntnis bleibe, müssten die Steuern erhöht werden. Der Vorschlag der Regierung ist ertragsneutral, es flössen auch künftig pro Jahr rund 112 Millionen Franken in die Kasse. Die SP würde die zusätzlichen Einnahmen für den Klimaschutz einsetzen. Obwohl grundsätzlich für

ein Bonus-Malus-System, fällt es auch bei der SP durch. Es müsse griffiger ausgestaltet und mit einer längeren Laufzeit versehen werden. Ausserdem solle der Malus auch für Oldtimer gelten.

Die Grünen nehmen ebenfalls das Bonus-Malus-System ins Visier. Für sie sollen nur Fahrzeuge, die gar kein CO₂ ausstossen, bevorzugt werden. Damit könne eine unverhältnismässige Subventionierung von Plug-in-Hybriden verhindert werden, argumentiert die Partei, auf deren Initiative die Ökologisierung zurückgeht: 2006 überwies der Kantonsrat ein entsprechendes Postulat. Auch beim Bonus fordert die Partei Anpassungen. Mit dem Vorschlag der Regierung würden «unökologische und übermotorisierte Luxusoliden steuerlich bevorzugt».